Bundesministerium
des Innern

Verfassungsschutzbericht 2014

Fakten und Tendenzen

– Kurzzusammenfassung –

Verfassungsschutzbericht 2014

Fakten und Tendenzen

– Kurzzusammenfassung –

Inhaltsverzeichnis

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) **6**

Rechtsextremismus **8**

Linksextremismus **14**

Islamismus/islamistischer Terrorismus **20**

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus) **26**

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten **31**

„Scientology-Organisation“ (SO) **36**

Notizen **37**

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) [1]

Das Bundeskriminalamt (BKA) registrierte für das Jahr 2014 mit 32.700 Straftaten gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der politisch motivierten Straftaten um 3,3% (2013: 31.645). In dieser Zahl sind 12.543 Propagandadelikte (38,4%) enthalten (2013: 13.105, 41,4%). Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten stieg von 2.848 auf 3.368 Delikte: ein Zuwachs von 18,3%. Körperverletzungsdelikte (2.285) machten weiterhin den größten Anteil der Gewaltdelikte aus. Bei 23.909 Straftaten (73,1%) lag ein extremistischer Hintergrund vor (2013: 22.129, 69,9%). Davon konnten 912 (2013: 537) keinem bestimmten Phänomenbereich zugeordnet werden.

Zwei Aspekte sind hervorzuheben:

- Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten (höchster Stand seit 2008) und der fremdenfeindlichen Gewalttaten (höchster Stand seit Einführung des Definitionssystems 2001),
- enormer Anstieg von Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität".

Im Einzelnen:

Im Phänomenbereich **„Politisch motivierte Kriminalität – rechts"** wurden 16.559 (2013: 16.557) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst. Mit 990 (2013: 801) Gewalttaten ist die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten um 23,6% angestiegen, der höchsten Zahl an Delikten seit 2008 (1.042). Hierzu ist anzumerken, dass die Steigerung im Wesentlichen auf die von den Polizeibehörden vorgenommene Einbeziehung von Straftaten bei den gewalttätigen Ausschreitungen während einer Kundgebung einer Initiative von Hooligans gegen Salafisten am 26. Oktober 2014 in Köln zurückzuführen ist (176 Delikte). Mit 512 fremdenfeindlichen Gewalttaten (2013: 473) wurde der höchste Stand seit der Einführung des geltenden Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität" im Jahr 2001 erreicht. Demgegenüber sind die Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten mit 139 (2013: 146) und gegen sonstige politische Gegner mit 60 (2013: 52) annähernd gleich geblie-

1 Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

ben. 2014 kam es zu einem versuchten rechtsextremistisch motivierten Tötungsdelikt (2013: vier).

Dem Phänomenbereich **„Politisch motivierte Kriminalität – links“** wurden 4.424 (2013: 4.491) Straftaten mit extremistischem Hintergrund zugeordnet, hiervon 995 Gewalttaten (2013: 1.110). Annähernd unverändert hoch blieb die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten gegen Polizei und Sicherheitsbehörden mit 623 (2013: 632), während die Zahlen der Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten mit 367 (2013: 566) und im Themenfeld „Kampagne gegen Umstrukturierung“ mit 60 (2013: 151) deutlich rückläufig waren. 2014 wurden sieben versuchte linksextremistisch motivierte Tötungsdelikte verübt (2013: drei).

Im Phänomenbereich **„Politisch motivierte Ausländerkriminalität“** wurden 2.014 (2013: 544) Straftaten mit einem extremistischen Hintergrund erfasst, darunter 259 (2013: 76) Gewalttaten. Damit stieg die Zahl der Straftaten in diesem Bereich um 270% und die der Gewalttaten um 240% an. Ein Grund für den Anstieg ist die Vielzahl der in Deutschland im Zuge der Proteste gegen den Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und im Nordirak zwischen Islamisten und Kurden/Jesiden begangenen Straftaten. Dem Trend in diesem Bereich folgend, kam es 2014 zu sechs versuchten Tötungsdelikten im Bereich der extremistisch motivierten Ausländerkriminalität (2013: null).

Rechtsextremismus

Das rechtsextremistische Personenpotenzial umfasste Ende 2014 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 21.000 Personen und war damit – wie bereits in den Vorjahren – leicht rückläufig (2013: 21.700). Mehr als ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis, wenngleich das Personenpotenzial der neonazistischen Szene mit rund 5.600 Personen erneut leicht gesunken ist (2013: 5.800). Die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist 2014 mit 7.200 Personen leicht zurückgegangen (2013: 7.400). Gleichwohl macht die subkulturelle rechtsextremistische Szene mit gut 30% auch weiterhin den größten Anteil am Gesamtpotenzial aus.

Rechtsextremismuspotenzial[1]

	2013	2014
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	7.400	7.200
Neonazis	5.800	5.600
in Parteien	7.000	6.850
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	5.500	5.200
„DIE RECHTE“	500	500
„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)	1.000	950
„Der III. Weg“ (Neuaufnahme 2014)	-	200
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	2.500	2.500
Summe	**22.700**	**22.150**
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	**21.700**	**21.000**
davon gewaltbereite Rechtsextremisten	**9.600**	-
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten[2]	-	**10.500**

1 Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Bis 2013 wurde bei der Darstellung des Personenpotenzials ausschließlich die Anzahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ausgewiesen. Ab 2014 wird die Anzahl gewaltorientierter Rechtsextremisten angegeben, in der die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten als Teilmenge enthalten ist.

Militanz und Gewaltniveau bleiben im Rechtsextremismus unverändert hoch. Dies zeigt die hohe Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ebenso wie die Tatsache, dass mittlerweile jeder zweite Rechtsextremist als gewaltorientiert einzuschätzen ist.

Auch wenn die Anwendung von Gewalt durch Rechtsextremisten in der Regel spontan und situationsbezogen erfolgt, so wird sie doch in der Summe zu einer **strategischen Gewalt**. Sie dient der Einschüchterung der „Hassobjekte“ und kann als „Kommunikationskonzept“ verstanden werden. Auch wenn es in der rechtsextremistischen Publizistik nicht mehr vorrangig propagiert wird, bleibt das Ziel der Errichtung von „national befreiten Zonen“ doch präsent.

Strategische Gewalt wird teilweise als Notwehrmaßnahme definiert. So sehen Rechtsextremisten Deutschland von einem „Volkstod“ bedroht, der von einer selbst ernannten „Elite“ verhindert werden müsse – entsprechend drastisch ist die Diktion im Zusammenhang mit einer, von der Szene immer wieder propagierten, „Überfremdung“. Diese Art von Rhetorik kann von Einzeltätern und Kleinstgruppen als Rechtfertigung zum Handeln genutzt werden – „Taten statt Worte“ nannte dies die rechtsterroristische Organisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Im Internet sind jedenfalls Gewaltfantasien gegen Fremde zuhauf zu finden.

Im Fokus rechtsextremistischer Gewalt stehen weiter insbesondere Fremde. Über 50% aller begangenen rechtsextremistischen Gewalttaten sind fremdenfeindlich motiviert. Zudem hat sich die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte – überwiegend Sachbeschädigungen und Propagandadelikte – mit 170 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht (2013: 55).

Einen weiteren Schwerpunkt rechtsextremistischer Gewalt bilden Angriffe auf Linksextremisten und andere politische und ideologische Gegner. Sie gelten als „Volksfeinde“, die sich einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ entgegenstellen. Entsprechend martialisch ist die Diktion, mit der Gewalttaten ideologisch vorbereitet, gerechtfertigt und durchgeführt werden.

Trotz staatlicher Maßnahmen und weitgehender politisch-gesellschaftlicher Isolation der gewaltorientierten Rechtsextremisten bleibt das Ge-

fährdungsniveau weiter hoch. Dies gilt für die „Alltagsgewalt“ gegen Fremde und politisch Andersdenkende. Es gilt aber ebenso für die Gefahr einer Eskalation der Asylproteste und den Aufbau klandestiner Strukturen. Schließlich ist die zugrundeliegende Ideologie darauf fixiert, ein Volk müsse kurz vor dem Untergang gerettet werden – ein Szenario, das ein militantes, rücksichtsloses Handeln geradezu herausfordert.

Rassismus und Entmenschlichung der Fremden und der Ausschluss der politischen Gegner, die allesamt zu Agenten fremder Mächte und Verrätern erklärt werden, liefern die ideologische Rechtfertigung für eine hemmungslose Gewalt.

Die Sicherheitsbehörden beobachten die Entwicklungen sehr genau, von Radikalisierungsprozessen über den Aufbau organisatorischer Strukturen bis hin zur Ertüchtigung an Waffen. Die Selbstradikalisierung einzelner Personen oder Kleinstgruppen bildet dabei ein nicht zu unterschätzendes Risikopotenzial.

Nach wie vor bleiben Musik und Internet wichtige **Radikalisierungs- und Rekrutierungsfaktoren** im Rechtsextremismus.

Gleichwohl ist es Rechtsextremisten in letzter Zeit nicht mehr gelungen, das hohe Maß an Mobilisierung zu Demonstrationen und Musikveranstaltungen zu erreichen. Um dieser eigenen Mobilisierungsschwäche entgegenzuwirken, versuchen Rechtsextremisten, Unmut über die Asylpolitik zu schüren. Rechtsextremistische Parteien bemühen sich gezielt darum, bürgerliche Demonstrationen für sich zu vereinnahmen. Es ist zudem eine Situation, in der sie sich als „Vollstrecker“ eines angeblichen Volkswillens gerieren.

Die **„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)** befindet sich weiterhin in einer Krise: Eine zerstrittene, strategisch nicht einheitlich handelnde Parteiführung, weitgehend desaströse Wahlergebnisse, das Ausscheiden aus dem Landtag in Sachsen sowie das anhängige Verbotsverfahren haben die Partei weiter geschwächt. Der Anfang November 2014 zum neuen Parteivorsitzenden gewählte Frank Franz wird – wenngleich er an den verfassungsfeindlichen Grundpositionen der Partei festhält – von der neonazistischen Strömung in der Partei überaus skeptisch eingestuft.

Nichtsdestotrotz ist die NPD mit 5.200 Mitgliedern weiterhin die bedeutendste Partei im rechtsextremistischen Spektrum. Zudem bleibt sie in einzelnen Regionen stark verankert, wo sie auch als „normale“ Partei wahrgenommen wird und über eine nicht unbeträchtliche kommunalpolitische Verankerung verfügt. Es wäre vorschnell, die Partei gänzlich abzuschreiben: Wie bereits in der Vergangenheit zu beobachten, bleiben auch künftig Wendungen möglich, die die NPD für sich nutzen könnte.

Ein wichtiges sicherheitspolitisches Instrument gegen rechtsextremistische Organisationen sind Vereinsverbote. Um Verbotsmaßnahmen zu erschweren, nutzt die neonazistische Szene zunehmend die Parteiform als Organisierungsmodell. Einen zusätzlichen Anreiz stellen mögliche Ansprüche auf staatliche Finanzmittel dar. Mit den Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ gibt es derzeit zwei relativ junge rechtsextremistische Parteistrukturen, die zunehmend von Neonazis als Plattformen für ihre Aktivitäten genutzt werden.

In der Partei **„DIE RECHTE“** konnte der neonazistische Landesverband Nordrhein-Westfalen seinen Einfluss auf die Gesamtpartei festigen; er ist der einzige Landesverband mit nennenswerten Aktivitäten. Mit provokativen Aktionen („Stadtschutz“-Projekte in Dortmund und Wuppertal) und der gezielten Werbung in der Fußballfan- und Hooligan-Szene versucht die Partei, gewaltorientiertes Potenzial zu erschließen und gegenüber Polizei und politischen Gegnern ein Bedrohungspotenzial aufzubauen.

Der signifikante Einfluss von Neonazis innerhalb der Partei **„Der III. Weg“** lässt sich unter anderem an zahlreichen Führungsaktivisten festmachen, die zuvor dem im Juli 2014 verbotenen Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“ (FNS) angehört hatten. Den aktuellen Schwerpunkt der Partei, die derzeit die prägende neonazistische Kraft in Bayern darstellt, bildet die Agitation gegen Asylbewerber.

Perspektivisch dienen beide Kleinstparteien als Auffangbecken für Neonazis, die von Vereinsverboten betroffen sind. Ihre Reichweite ist bislang begrenzt und beschränkt sich auf wenige Regionen. Wenngleich ein strukturierter Parteiaufbau-Prozess auch 2014 nicht zu erkennen war, können Neonazis hier regional unter dem Deckmantel des Parteienprivi-

legs agieren. Dies könnte durchaus eine Signalwirkung für andere Neonazis haben und entsprechende Organisierungsversuche vorantreiben.

Beide Parteien sind, trotz gelegentlicher Teilnahme an Wahlen, nicht ansatzweise auf eine Mitarbeit in einem parlamentarischen System orientiert. Ihre Ziele sind stattdessen die Erschließung finanzieller Mittel, die Nutzung einer verbotssicheren Struktur zur Fortsetzung neonazistischer Aktivitäten und vor allem die Förderung einer Atmosphäre der Angst und Einschüchterung durch aggressives und provokatives Auftreten.

Die **„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)** blieb auch 2014 wahlpolitisch bedeutungslos. In ihrem Programm zur Europawahl mündeten die Darlegungen regelmäßig in einer pauschalen Verunglimpfung des Islam, von Asylbewerbern, Sinti und Roma sowie der Europäischen Union.

Obgleich einzelne Kernaussagen des Rechtsextremismus in Meinungsumfragen auf zum Teil hohe Zustimmungsquoten stoßen, bleibt die gesellschaftliche Ablehnung und politische Isolation offensichtlich. Aus diesem Grund versuchen Rechtsextremisten, in gesellschaftlich diskutierten Themenfeldern zu agitieren, ohne ihre ideologische Grundhaltung in jedem Fall offenzulegen. Sie greifen internationale Krisen auf, die sich in Wechselwirkung auch auf die innere Sicherheit Deutschlands auswirken und entsprechend in der Bevölkerung diskutiert werden. Aktuell sind dies insbesondere die mit dem Bürgerkrieg in Syrien und dem Erstarken des „Islamischen Staates“ (IS) einhergehende ansteigende Zahl an Asylbewerbern und die Gefahr islamistisch-terroristischer Anschläge. Ihre grundsätzlich antisemitische und antiamerikanische/antiwestliche Ausrichtung versuchten die Rechtsextremisten mit der Agitation zu den Konflikten Israel/HAMAS und Russland/Ukraine zu popularisieren.

Die Anti-Asyl-Agitation war 2014 ein Schwerpunkt der gesamten rechtsextremistischen Szene. Mit fremdenfeindlichen Aktivitäten wurde versucht, Ressentiments zu schüren und neue Anhänger zu gewinnen. Mitunter wurden entsprechende Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu geplanten oder bereits existierenden Flüchtlingsunterkünften durchgeführt. Rechtsextremisten sind bemüht, in der Asyldebatte eine gewisse Anschlussfähigkeit zu erringen. Bei Anwohnerdemonstrationen sind sie vielfach beteiligt, oftmals auch ohne Proteste gegen ihre Mitwirkung. Sie

gerieren sich als diejenigen, die die Ängste der Bevölkerung aufnehmen und versuchen, die Proteste in Richtung einer grundsätzlichen Kritik an der politischen Ordnung zu lenken.

Rechtsextremisten versuchten, die regelmäßig in verschiedenen deutschen Städten durchgeführten sogenannten Montagsdemonstrationen und Friedensmahnwachen für sich zu nutzen. Diese Veranstaltungen bieten mit ihren antiwestlichen und verschwörungstheoretischen, sowohl antisemitischen wie antiislamischen Elementen Anschlussmöglichkeiten zu offen rechtsextremistischen Positionen.

Linksextremismus

Das Personenpotenzial im Bereich Linksextremismus betrug Ende 2014 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 27.200 Personen und blieb damit nahezu auf dem Niveau des letzten Jahres (2013: 27.700).

Eine leichte Abnahme war – wie in den Vorjahren – im Spektrum der marxistisch-leninistischen und anderen legalistischen linksextremistischen Zusammenschlüsse zu verzeichnen (21.100 Personen gegenüber 21.600 im Vorjahr). Das Personenpotenzial der gewaltorientierten Linksextremisten umfasste Ende 2014 7.600 Personen, darunter 6.100 Autonome.

Linksextremismuspotenzial[1]

	2013	2014
Autonome	6.100	6.100
Anarchisten	800	800
Marxisten-Leninisten und andere Linksextremisten	21.600	21.100
Summe	**28.500**	**28.000**
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	**27.700**	**27.200**
davon gewaltbereite Linksextremisten	**6.900**	-
davon gewaltorientierte Linksextremisten	-	**7.600**[2]

1 Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Bis 2013 wurde bei der Darstellung des Personenpotenzials ausschließlich die Anzahl der gewaltbereiten Linksextremisten ausgewiesen. Ab 2014 wird die Anzahl gewaltorientierter Linksextremisten angegeben, in der die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten als Teilmenge enthalten ist.

Während die Zahl linksextremistischer Gewalttaten von Jahr zu Jahr schwankt, sind Niveau und Akzeptanz der Gewalt in den letzten Jahren angestiegen. Insbesondere ist festzustellen, dass die Hemmschwelle, Polizeibeamte zu verletzen, seit Jahren sinkt. Nicht nur schwere Körperverletzungen, sondern auch der Tod von Menschen werden billigend in Kauf genommen. So wurden im Jahr 2014 sieben (2013: drei) versuchte Tötungsdelikte registriert, davon sechs gegen Polizeibeamte.

Ziel von Anschlägen sind auch Polizeiliegenschaften. So wurden auf die Polizeidienststelle im Leipziger Stadtteil Connewitz (Sachsen) seit ihrer Eröffnung im Februar 2014 bereits 16 Angriffe verübt. Der schwerste fand am Abend des 7. Januar 2015 statt, als rund 50 Personen die Wache mit Pflastersteinen, Farbbeuteln und Feuerwerkskörpern angriffen und versuchten, in das Gebäude einzudringen. In einem Bekennerschreiben heißt es: „Bulle dein Duldungsstatus ist aufgehoben".

In der gewaltorientierten Szene werden Angriffe auf Polizisten sowie auf tatsächliche (oder vermeintliche) Rechtsextremisten, die meist im Umfeld von Demonstrationen stattfinden, weitgehend akzeptiert. Die Befürwortung von Gewalt ist im Linksextremismus eher eine strategische als eine ideologische Frage.

Nach wie vor ist im Linksextremismus zwischen **„Massenmilitanz" und objekt- beziehungsweise personenbezogener Gewalt** zu unterscheiden.

Konfrontative Gewalt soll die bedingungslose Grenzziehung zwischen Linksextremisten und dem „System" kennzeichnen. Sie soll darüber hinaus medial wirksam sein. So sollen zum Beispiel über das Internet verbreitete gewaltfördernde Musik und Mobilisierungsvideos bei Demonstrationsteilnehmern eine entsprechende Stimmung schüren.

Die sogenannte Massenmilitanz der autonomen Szene – Straßenkrawalle, die im Zusammenhang mit Demonstrationen oder Großveranstaltungen initiiert werden – braucht in der Regel ein Umfeld, aus dem heraus die Gewalttäter agieren können. So bilden sie bei Demonstrationen flexible Kleingruppen oder „Schwarze Blöcke" mit vermummten Aktivisten in einheitlicher „Kampfausrüstung". Durch provokatives Auftreten machen sie ihre konfrontative Stellung gegenüber der Polizei und ihren Willen zur Eskalation deutlich und heizen die Stimmung bei den anderen Teilnehmern auf.

Neben der konfrontativen Straßengewalt verüben gewaltorientierte Linksextremisten auch schwere gezielte Anschläge. Diese Gewalttaten sind planvoll konzipiert und sollen eine Signalwirkung entfalten. Neben der medialen Resonanz zielen sie darauf ab, die angegriffenen Einrichtungen oder Unternehmen zu einer Veränderung ihres Verhaltens zu nötigen. Anschläge sollen zu finanziellen Einbußen führen und praktisch

stören. Die Aktionen werden in Selbstbezichtigungsschreiben, die häufig auf Internetplattformen veröffentlicht werden, ideologisch begründet und gerechtfertigt. Zum Schutz vor Strafverfolgung verwenden die Täter wechselnde Aktionsbezeichnungen oder verzichten gänzlich auf Namen („no-name-Militanz“).

Nach wie vor sind Linksextremisten bestrebt, gesellschaftliche Konflikte im Sinne ihrer revolutionären Ziele zu instrumentalisieren. Sie intervenieren in unterschiedlichen gesellschaftlichen Aktionsfeldern und versuchen dort radikale Positionen zu popularisieren. Ideologische Grundlage bleibt die Ablehnung des „kapitalistischen Systems“, das für soziales Elend und Kriege, für Rassismus, ökologische Katastrophen und Wohnraumzerstörung verantwortlich gemacht wird. Im linksextremistischen Diskurs ist der Kapitalismus dabei mehr als eine reine Wirtschaftsform: Er ist die Basis „bürgerlicher Herrschaft“. Mit seiner Überwindung geht die Errichtung einer neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung einher – verbunden mit der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

Nicht wenige Protagonisten der linksextremistischen Szene sehen allerdings nicht nur das „kapitalistische System“, sondern auch den Linksextremismus selbst in der Krise: Es sei bisher nicht gelungen, die Veränderungen in der Weltlage und in gesellschaftlichen Strukturen für sich politisch nutzbar zu machen. Auch von der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die deutschen Linksextremisten nicht profitieren können.

Die mangelnde gesellschaftliche Relevanz und Verankerung eigener Positionen hat im gewaltorientierten Linksextremismus zu einer Strategiediskussion geführt, in deren Folge ein Prozess der Neuformierung stattfindet. Neben den **„klassischen“ Autonomen**, die an ihren inhaltlichen und strategischen Prämissen festhalten (soziale und individuelle Autonomie, Gewalt als Mittel subjektiver Befreiung), treten zunehmend **Postautonome** in Erscheinung, die eine Zusammenarbeit mit ideologisch unterschiedlichen Gruppen suchen (Bündnispolitik).

Linksextremisten versuchen durch diesen Neuformierungsprozess, ihre diskursive und agitatorische Aktionsfähigkeit zu erhöhen: Der Aufbau

bundesweiter Strukturen mithilfe von Internetplattformen und sozialen Netzwerken soll die Zersplitterung der Szene überwinden. Dieser Prozess hat im Jahr 2014 eine besondere Dynamik entwickelt.

Die Frage der Organisierung ist – ähnlich wie die Aspekte Gewalt und Militanz – ein immer wiederkehrendes Thema bei Autonomen. Grundsätzlich organisations- und hierarchiefeindlich präferieren sie eher strukturlose, informelle Formen der Zusammenarbeit. Seit Jahren wird indes darüber diskutiert, ob nicht eine Organisierung sowohl die politische Verantwortlichkeit als auch Durchschlagskraft befördern könnte. Diese Debatte wird insbesondere von Personen geführt, die sich mittlerweile eher als Postautonome definieren. Sie sprechen sich für die Beibehaltung militanter Konzepte aus, wenngleich sie um Vermittelbarkeit bemüht sind („Keine Militanz um der Militanz willen“) und eine Politik über die eigene Szene hinaus verlangen. Zudem fordern sie überregionale Organisierung und Zusammenarbeit mit anderen Strömungen im Linksextremismus und themenbezogen auch darüber hinaus.

So legte die „Interventionistische Linke“ (IL) im Oktober 2014 ein „Zwischenstandspapier“ als Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion der über 20 in dem Netzwerk organisierten, vorwiegend postautonomen Gruppen vor. Das mit der Parole „Wir sind die Steineschmeißer und die Abwiegler in einem“ auftretende Netzwerk befindet sich in einem Transformationsprozess hin zu einer Organisation und wendet sich „an alle, die sich mit Lust und Ernsthaftigkeit auf einen kollektiven, organisierenden und radikalen Prozess einlassen wollen, mit dem Ziel die Marginalisierung und Machtlosigkeit der Linken zu überwinden.“ Die Organisation will den „Schritt zu einer überregionalen, lokal verankerten Organisation“ vorbereiten, um als „radikale Linke in den gesellschaftlichen Kämpfen präsent zu sein“.

Im September 2014 löste sich die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) auf. Sie galt jahrelang als eine der mitgliederstärksten und mobilisierungsfähigsten autonomen Gruppen in Berlin. Ein Teil der Mitglieder schloss sich der IL an.

Mit der postautonomen Organisierung wird der Versuch unternommen, verschiedene Aktionsformen zu verschränken – nicht zuletzt, um

eine Bewegungsstärke zu erreichen, aus der heraus überhaupt erst (massen-)militant agiert werden kann. Dabei darf nicht verkannt werden, dass mit der Öffnung der Postautonomen hin zu Kräften außerhalb der eigenen Szene eine Abkehr von Militanz und Gewalt nicht intendiert ist. Auch wenn der Gewalt als einem „inhaltsleeren Ritual" eine Absage erteilt wird, wird der „offensive Widerstand" weiter propagiert.

In diesem Organisierungsprozess bleiben zunächst die „klassischen" Autonomen außen vor. Diese werden jedoch möglicherweise ihre klandestinen gewalttätigen Aktivitäten verstärken, um im Prozess der Neustrukturierung ihrem eigenen Konzept Nachdruck zu verleihen. So ist neben der Abkehr von „autonomen" Gewissheiten auch eine gegenteilige Entwicklung zu verzeichnen. Als alternative Reaktion auf das Scheitern der „Massenmilitanz" bei Großereignissen entstehen autonome Kleinstgruppen, die klandestine Gewaltaktionen verüben.

Ein Beispiel ist die in Berlin agierende „Gruppo Informale", die im Zeitraum vom 9. Mai bis 29. Juli 2014 insgesamt 13 Brandanschläge und Sachbeschädigungen verübte, unter anderem gegen Fahrzeuge von Polizei, Sicherheitsunternehmen und Deutscher Bahn sowie gegen Bankfilialen und öffentliche Verwaltungsgebäude. Nach ihrem letzten Anschlag am 29. Juli 2014 ist die „Gruppo Informale" nicht mehr in Erscheinung getreten.

Neben Autonomen und Postautonomen versuchen auch **Marxisten, Leninisten** und **Antiimperialisten** aus dem Bereich des gewaltorientierten Linksextremismus Bündnisse aufzubauen.

Zu ihnen zählt beispielsweise das „[3A]*Revolutionäre Bündnis", dem fünf Mitgliedsorganisationen angehören. Es hatte bereits im Jahr 2014 mit der Mobilisierung gegen den G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau (Bayern) begonnen und zum „Sturm auf den Gipfel!" aufgerufen. In „Anlehnung an die erfolgreichen Proteste gegen den G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm" sollten „Massenproteste in Deutschland und im europäischen Ausland" organisiert werden.

Des Weiteren schloss sich die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin" (ARAB) (Credo: „Unsere Art des Widerstands lassen wir uns nicht vom bürgerlichen Gesetzbuch diktieren"), die seit 2007 zu den aktivsten

Gruppen im gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum in Berlin gehört hatte, im Oktober 2014 dem bundesweiten, trotzkistisch geprägten Netzwerk „Neue antikapitalistische Organisation“ (NaO) an.

Internationalistisch ausgerichtete antiimperialistische Gruppierungen wenden sich vor allem gegen die „imperialen Projekte“ NATO und EU sowie die Politik der USA und Deutschlands. Im Zusammenhang mit dem Vormarsch des islamistisch-terroristischen „Islamischen Staates“ (IS) rückte die lange Zeit kaum noch vernehmbare Solidarität und Unterstützung der in Deutschland als terroristische Vereinigung verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) erneut in den Vordergrund, unter anderem mit Demonstrationen und der Forderung nach Aufhebung des Betätigungsverbots, vor allem aber mit der Spendenkampagne „Solidarität mit Rojava – Waffen für die YPG/YPJ“.

Im Konflikt der Ukraine und des Westens mit Russland positionieren sich viele Linksextremisten, insbesondere orthodoxe Kommunisten und Antiimperialisten, auf der Seite des russischen Präsidenten Putin: Kriegstreiber sei der imperialistische Westen.

Islamismus/islamistischer Terrorismus

Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland ist mit 43.890 Personen leicht angestiegen (2013: 43.190). Ursache hierfür ist insbesondere der Zuwachs bei den Mitgliedern/Anhängern salafistischer Bestrebungen.

Islamismuspotenzial[1]		
Organisationen[2]	**2013**	**2014**
Kern-„al-Qaida“ „al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM) „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) „al-Shabab“	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamischer Staat“ (IS)	noch nicht aufgeführt	keine gesicherten Zahlen
„Jabhat al-Nusra“ (JaN)	noch nicht aufgeführt	keine gesicherten Zahlen
Salafistische Bestrebungen	5.500	7.000
„Hizb Allah“	950	950
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	300	300
„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	250	220
„Türkische Hizbullah“ (TH)	350	360
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	300	300
„Muslimbruderschaft“ (MB)/„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)	1.300	1.000
„Tablighi Jama’at“ (TJ)	700	700
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Millî Görüş“-Bewegung und zugeordnete Vereinigungen	(IGMG) 31.000	31.000[3]
Sonstige[4]	2.540	2.060
Summe	**43.190**	**43.890**

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Die Reihenfolge der Auflistung ist geordnet von terroristischen Organisationen bis zu Organisationen, die auf Gewalt verzichten.
3 Die Zahlenangabe zur „Millî Görüş"-Bewegung enthält die Mitglieder der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e.V." (IGMG). Aufgrund des anhaltenden Veränderungsprozesses in der IGMG können derzeit keine verlässlichen Zahlenangaben zum aktuellen Personenpotenzial ausgewiesen werden. Daher wurden die Zahlenangaben aus dem VSB 2013 übernommen. Nicht alle Mitglieder/Anhänger der IGMG verfolgen oder unterstützen jedoch islamistische Ziele. Zu den übrigen Teilobjekten der „Millî Görüş"-Bewegung liegen noch keine verlässlichen Zahlen vor.
4 Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

Die verschiedenen Ausprägungen des Islamismus unterscheiden sich sowohl in ihrem Anspruch (regional oder global) als auch in ihren Mitteln (legalistisch, gewaltorientiert oder terroristisch). Allen Ausprägungen gemeinsam ist der Missbrauch der Religion für politische Ziele.

Europa liegt nach wie vor im Zielspektrum des **islamistischen Terrorismus**. Die anhaltend hohe Gefährdungslage dokumentieren insbesondere die Anschläge in Brüssel (Belgien, Mai 2014), Paris (Frankreich, Januar 2015) und Kopenhagen (Dänemark, Februar 2015). Einer der Pariser Attentäter sowie der Kopenhagener Attentäter bekannten sich zur Terrororganisation „Islamischer Staat" (IS).

Obgleich derzeit keine Strukturen des IS in Deutschland bekannt sind, wurden im Jahr 2014 eine Reihe von Strafverfahren gegen Anhänger oder Unterstützer des IS durchgeführt.

Am 12. September 2014 hat der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot für die Terrororganisation IS in Deutschland erlassen. Es umfasst insbesondere die Verwendung von Kennzeichen des IS sowie der Logos der mit dem IS assoziierten Medienstellen. Die Verfügung ist seit Oktober 2014 unanfechtbar.

Die militärischen Erfolge des IS und die Ausrufung des „Kalifats" haben zu einer neuen Dimension terroristischer Bedrohung geführt.

Bereits seit einigen Jahren sind „failed states" ein Refugium für terroristische Gruppen. Der sogenannte Islamische Staat versucht indes, den Eindruck eines „normalen" Staatswesens zu erwecken, das auch über eine funktionierende Verwaltung verfügt. Damit tritt er über das Stadium einer bloßen Terrororganisation hinaus. Die Proklamation des „Kalifats" und die militärischen Erfolge sorgen für eine euphorische Stimmung bei Jihadisten auch in Europa, unbeschadet der Gräuel und Schrecken, die von den jihadistischen Milizen verbreitet werden: Die Folge ist eine ständig ansteigende Reisewelle zur Unterstützung des IS.

Sollte sich der IS auf längere Sicht in einem größeren Gebiet etablieren können, würde der transnationale Jihad – mehr noch als seinerzeit in Afghanistan – erneut über ein Rückzugs- und Ausbildungsgebiet für seine Kämpfer verfügen: über ein logistisches Zentrum, das in der Lage wäre, komplexe Attentate zu koordinieren. Der IS verfolgt eine globale Agenda; dies wurde entsprechend deutlich nach Beginn der Luftangriffe der USA und ihrer Verbündeten zur Verteidigung der ethnischen und religiösen Minderheiten, die der IS dazu nutzte, zu Anschlägen auch im Westen aufzurufen.

Mit den Erfolgen des IS hat sich auch das Machtgefüge im Jihadismus verändert. Die Sympathien der internationalen Jihadistenszene scheinen sich verstärkt dem IS zuzuwenden. Es steht zu befürchten, dass „al-Qaida“ versucht, ihren Reputationsverlust mit neuen spektakulären Terroranschlägen wettzumachen.

Nach wie vor ist von einer hohen Komplexität islamistisch-terroristischer Strukturen auszugehen: Der globalisierte und zugleich individualisierte Jihadismus tritt in unterschiedlichen Ausformungen auf – von regionalen Gruppen, die mit den Terrororganisationen IS oder „al-Qaida“ assoziiert sind über diverse Netzwerke mit einer Anbindung bis hin zu Einzeltätern oder Kleinstgruppen, die oftmals durch Internetveröffentlichungen radikalisiert werden und deren autonome, organisationsunabhängige Tatvorbereitungen es den Sicherheitsbehörden erschweren, in einem frühen Stadium Abwehrmaßnahmen einzuleiten. Der Modus Operandi des „individuellen Jihad“ wird von „al-Qaida“ und IS gleichermaßen propagiert: als eine Form des Kampfes, in der mit vergleichsweise geringen Mitteln ein großes Ausmaß an Schrecken erzeugt werden kann.

Jihadisten nutzen die modernen Kommunikationstechnologien, um ihre Ideologie zu verbreiten, vor allem aber auch, um über ihre terroristischen Aktionen zu berichten. Nachdem sie bereits in früheren Jahren eine bemerkenswerte Professionalität bei der Produktion und Verbreitung ihrer **Propaganda** an den Tag gelegt hatten, ist es dem IS gelungen, diese noch einmal zu steigern – insbesondere hinsichtlich der Nutzung der sozialen Medien. Aus den Kampfgebieten heraus stehen die Jihadisten mit ihren „Glaubensbrüdern“ und „Glaubensschwestern“ in Europa und global in Verbindung – eben nicht nur in Videobotschaften, sondern auch über Social-Media-Accounts mit der Möglichkeit zum Dialog.

Bis Anfang 2015 lagen Erkenntnisse zu mehr als 600 deutschen Islamisten beziehungsweise Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind, um sich an Kampfhandlungen zu beteiligen oder aber islamistische Gruppen in anderer Weise zu unterstützen: Das entspricht einer Steigerungsrate von über 100% innerhalb eines Jahres (Anfang 2014: 270 Ausreisen). Der IS hat sich inzwischen zur wichtigsten Anlaufstation für Jihadwillige aus Deutschland entwickelt. Kampfwillige Jihadisten erhalten dort die Möglichkeit, in Ausbildungslagern unterschiedlichste Terrortechniken zu erlernen und praktisch zu erproben. Bei diesem Personenspektrum sind zunehmend Anzeichen für Verrohung, Brutalisierung und Gewöhnung an Gewalt zu beobachten. Mehrere Jihadisten aus Deutschland haben im Irak und in Syrien Selbstmordanschläge verübt, mutmaßlich im Auftrag des IS. Personen, die ein terroristisches Ausbildungslager absolviert beziehungsweise aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen bei ihrer Rückkehr nach Deutschland ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.

Auch im Jahr 2014 war der **Salafismus** mit 7.000 Anhängern (gegenüber 5.500 im Jahr zuvor) die dynamischste islamistische Bewegung in Deutschland. Die Szene stellt ein wesentliches Rekrutierungsfeld für den Jihad dar. Basis für salafistische Bestrebungen ist eine Ideologie, die vorgibt, sich ausschließlich an den Prinzipien des Koran, dem Vorbild des Propheten Muhammad und den ersten drei Generationen der Muslime zu orientieren, sowie die Gewaltaffinität. Fast ausnahmslos alle Personen mit Deutschlandbezug, die sich dem Jihad angeschlossen haben, standen zuvor mit salafistischen Strukturen in Kontakt. Auch 2014 versuchten Salafisten mit Veranstaltungen und Provokationen Aufmerksamkeit zu erregen, zum Beispiel mit der **„LIES!“-Kampagne** und der **„Shariah Police“**. Die salafistische Vereinigung „Die Wahre Religion“ (DWR) setzte ihre im Herbst 2011 begonnene Koranverteilungskampagne „LIES!“ mit unverminderter Intensität fort: Deutschlandweit werden an Infoständen beziehungsweise durch gezielte Ansprache in Fußgängerzonen Korane verteilt. Angaben von DWR zufolge wurden bis Dezember 2014 über 1,7 Millionen Exemplare des inzwischen in mehreren Sprachen aufgelegten „LIES!“-Korans gedruckt und fast vollständig verteilt, überwiegend in Deutschland. Im August und September 2014 patrouillierten Salafisten

in Warnwesten mit der Aufschrift „Shariah Police“ durch die Innenstadt von Wuppertal (Nordrhein-Westfalen) und verteilten Flugblätter mit der Aufschrift „Shariah Controlled Zone“ – eine Agitationsmethode, die seit 2010 aus England bekannt ist. Jugendliche wurden vor Spielhallen und Diskotheken aufgefordert, sich islamischen Gesetzen entsprechend zu verhalten (nicht zu rauchen und kein Glücksspiel zu betreiben), türkischstämmige Geschäftsinhaber, keinen Alkohol zu verkaufen.

Antisemitismus ist ein integraler Bestandteil islamistischer Ideologie. Insbesondere der verhasste Staat Israel wird mit klassischen judenfeindlichen Stereotypen verbunden: Von der jüdischen Finanzkraft bis hin zur jüdischen Weltverschwörung.

Bei den Demonstrationen gegen den Gazakrieg im Sommer 2014, die zum Teil von der HAMAS organisiert wurden, ohne dass dies nach außen hin ohne Weiteres erkennbar gewesen wäre, wurde ein offener Antisemitismus deutlich. Die teilweise aggressiv gegen Juden oder Israel gerichteten Parolen bei Veranstaltungen und im Internet, vor allem aber die Übergriffe auf Juden und israelsolidarische Demonstranten und der Anschlag auf die Synagoge in Wuppertal belegen das unverminderte Aggressionspotenzial.

Mit den Anschlägen im Jüdischen Museum in Brüssel – verübt von einem Syrien-Rückkehrer – und auf einen jüdischen Supermarkt in Paris wird die anhaltend hohe Gefährdung für Juden und jüdische Einrichtungen durch Jihadisten deutlich.

In Reaktion auf den IS-Terror gegen ethnische und religiöse Minderheiten ist es 2014 auch in Deutschland zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Salafisten und Jesiden beziehungsweise Kurden gekommen: im August und Oktober 2014 in Herford (Nordrhein-Westfalen), Celle (Niedersachsen) und Hamburg. Nach wie vor geht eine erhebliche Gefährdung der inneren Sicherheit von den **Wechselwirkungen** zwischen den extremistischen Antipoden aus: Jihadistische Anschläge bieten rechtsextremistischen Gruppen Begründungsmuster für ihre antiislamische Agitation bis hin zur eigenen Gewalttätigkeit. Umgekehrt nutzen Salafisten dies zur Rechtfertigung ihrer Gewalt.

Legalistische Gruppierungen versuchen über politische und gesellschaftliche Einflussnahme eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen. Die wichtigste Strömung in diesem Spektrum ist die „Millî Görüş"-Bewegung. Sowohl in der Türkei als auch in Deutschland besteht die „Millî Görüş"-Bewegung aus mehreren Komponenten, die von einer gemeinsamen ideologisch-religiösen Ausrichtung und der ideellen Bindung an Necmettin Erbakan zusammengehalten werden. Obgleich alle Vereinigungen selbstständig und unabhängig voneinander agieren, ist die „Millî Görüş"-Ideologie – wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung – das verbindende Element. Auch die **„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V." (IGMG)** ist der „Millî Görüş"-Bewegung zuzuordnen. Vorliegende Anhaltspunkte belegen die auch weiterhin bestehenden Verbindungen zu Teilbereichen der „Millî Görüş"-Bewegung. Gleichwohl ist deutschlandweit – allerdings in unterschiedlicher Intensität – ein schwächer werdender Extremismusbezug der IGMG festzustellen.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial nichtislamistischer sicherheitsgefährdender beziehungsweise extremistischer Ausländerorganisationen in Deutschland ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen und beträgt 29.330 Personen.

Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen [1,2] (ohne Islamismus)

	2013	2014
Linksextremisten	**16.970**	**17.550**
davon:		
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	13.000	14.000
„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	650	650
„Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	1.300	1.300
„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	600	600
Sonstige	1.420	1.000
Separatisten	**1.790**	**1.780**
davon:		
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	1.000	1.000
extremistische Sikhs	790	780
extreme Nationalisten	**10.050**	**10.000**
Summe	**28.810**	**29.330**

1 Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.
2 Hier werden auch Mitglieder/Sympathisanten der mit Verbot belegten Gruppen gezählt.

Politik und Strategie der säkularen extremistischen Ausländerorganisationen in Deutschland werden ebenso wie Agitation und Militanzniveau ganz entscheidend von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern (und den dortigen zentralen Organisations-

einheiten) bestimmt. Sie zielen – oftmals auch durch den Einsatz von Gewalt und Terror – auf eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland. Darüber hinaus können sie auch in der Bundesrepublik Deutschland die innere Sicherheit gefährden und verstoßen zudem zum Teil gegen das Prinzip der Völkerverständigung. Deutschland gilt den meisten als sicherer Rückzugsraum. Von hier aus können sie die Heimatorganisationen propagandistisch, vor allem aber auch materiell und finanziell unterstützen. Die in Deutschland lebenden Anhänger sind in der Regel die Empfänger politisch-strategischer Richtlinien und – je nach individueller Disposition – bereit, diese konsequent in die Tat umzusetzen.

Über das Kalenderjahr hinaus bleiben insbesondere die **„Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK)** wegen der Aufrechterhaltung einer terroristischen Option, die **„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C)** wegen ihres offenen Bekenntnisses zum bewaffneten Kampf sowie die **„Ülkücü"-Bewegung** wegen ihrer Ablehnung des Gleichheitsgrundsatzes von herausgehobener Bedeutung für die innere Sicherheit in Deutschland.

Die Aktivitäten der 14.000 Anhänger der **PKK** in Deutschland wurden 2014 ganz wesentlich von zwei Ereignissen bestimmt:

- den stagnierenden Friedensverhandlungen zwischen PKK und türkischer Regierung und
- dem weltweit beachteten Kampf der Kurden in Syrien und im Irak gegen den islamistisch-terroristischen „Islamischen Staat" (IS).

Der PKK, deren zentrale Forderung die erweiterte kulturelle und politische Eigenständigkeit für die kurdische Minderheit in der Türkei und den angrenzenden kurdischen Siedlungsgebieten ist, konnte dabei weit über ihre engere Mitglieder- und Anhängerschaft hinaus Personen mobilisieren.

Insbesondere ist es ihr gelungen, ihre Reputation erheblich zu erhöhen und mit dem Kampf der Kurden gegen den IS, den sie propagandistisch zu einem Kampf der PKK gegen Jihadisten umformulierte, sowohl den eigenen Absolutheitsanspruch als auch die terroristische Option in den

Hintergrund zu drängen. In Europa versucht sie dies zu nutzen, indem sie ihre Streichung von der Liste terroristischer Organisationen des Rates der Europäischen Union und in Deutschland eine Aufhebung des seit 1993 bestehenden Betätigungsverbots fordert.

Die Lage in Syrien und im Irak erleichterte der PKK ihre Rekrutierungsaktivitäten für die Guerilla. In Deutschland konnten intensive Bemühungen unter zumeist kurdischstämmigen Jugendlichen festgestellt werden: Sowohl durch den Medienapparat der PKK als auch im Internet wurden Jugendliche offen und gezielt für eine Teilnahme am bewaffneten Kampf geworben. Die Anzahl der aus Deutschland in die Kampfgebiete ausgereisten Rekruten stieg im Berichtszeitraum deutlich an und lag im mittleren zweistelligen Bereich.

Mit der Verschärfung der Situation in den Kampfgebieten änderte sich auch das Aktionsverhalten der jugendlichen PKK-Anhänger.

Anhänger der PKK nahmen den Vormarsch des IS im Nordirak und in Syrien – insbesondere auf die nordsyrische Stadt Kobanê – seit Sommer 2014 zum Anlass für zahlreiche Protestaktionen. Während ein Großteil der Veranstaltungen friedlich verlief, kam es sowohl Anfang August als auch Anfang Oktober im Rahmen von mehreren Veranstaltungen zu Sachbeschädigungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen sowohl mit der Polizei als auch mit Islamisten, die sogar zu schweren Körperverletzungsdelikten und versuchten Tötungsdelikten führten.

Die PKK ist nach wie vor die schlagkräftigste ausländerextremistische Organisation in Deutschland. Sie ist in der Lage, Personen weit über den Kreis der Anhängerschaft hinaus zu mobilisieren. Ihre Kaderstrukturen ermöglichen zudem eine zügige Umsetzung neuer strategischer und taktischer Vorgaben, auch in Bezug auf eine etwaige Ausübung militanter Aktionsformen. Auch wenn in Europa weiterhin friedliche Veranstaltungen im Vordergrund stehen, bleibt Gewalt eine Option der PKK-Ideologie. Dies wird nicht zuletzt durch die Guerilla-Rekrutierungen deutlich.

Wenngleich die von ihr im Jahr 2014 verübten Gewalttaten in der Türkei nicht das Niveau der Vorjahre erreicht haben, propagiert die **DHKP-C** weiter die Notwendigkeit terroristischer Gewalt. Im Zentrum der „bewaffneten Propaganda“ der marxistisch-leninistischen Organisation ste-

hen der türkische Staat und der „US-Imperialismus“. Bei der DHKP-C handelt es sich um eine abgeschottete, konspirative Organisation, die offen Gewalt propagiert. Ebenso kompromisslos vertritt sie auch gegenüber konkurrierenden revolutionären Gruppen ihren Avantgardeanspruch. Ausschließlich der bewaffnete Kampf unter Führung der DHKP-C gilt als erfolgversprechend.

Die Serie von schweren Terroranschlägen, die von DHKP-C-Mitgliedern 2012 und 2013 in der Türkei verübt wurde, hat sich im Frühjahr 2015 fortgesetzt, nachdem es im Verlauf des Jahres 2014 bereits zu militanten Angriffen auf Einrichtungen der Regierungspartei AKP sowie auf Gebäude und Angehörige der Polizei gekommen war.

In Deutschland ist die DHKP-C hauptsächlich über ihre Tarnorganisation „Anatolische Föderation“ tätig, insbesondere in der Gefangenenbetreuung und zum Politikfeld „Antirassismus“. Die DHKP-C betrachtet Deutschland zwar als Ruheraum, zeigt jedoch mit ihren Todeskult-Veranstaltungen zum Gedenken an die sogenannten Märtyrer, dass die Organisationseinheiten auch hier die Linie der Partei einschließlich der terroristischen Option mittragen.

Die nationalistische und rassistische **„Ülkücü“**-Ideologie, die auf einer Überhöhung der Türkei und des Türkentums bei gleichzeitiger Abwertung anderer Ethnien basiert, wird in Deutschland im Wesentlichen durch den Dachverband „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ und die meist unorganisierten jugendlichen Anhänger vertreten. Während die organisierten Aktivisten versuchen, auf kommunaler Ebene in Gremien und politischen Parteien Einfluss zu gewinnen, propagieren die weitgehend über das Internet vernetzten Jugendlichen ihren Rassismus offensiv und fordern nicht nur verbalradikal zur Gewalt, sondern gelegentlich auch dazu auf, Gewalttaten gegenüber anderen ethnischen Gruppen zu verüben.

Das Gefährdungspotenzial der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung ist mehrdimensional: auf der normativen Ebene der Werteordnung ebenso wie im Bereich der inneren Sicherheit durch die konfliktträchtige Eskalation mit politischen Gegnern.
Die gezielte Herabsetzung anderer Ethnien verstößt nicht nur funda-

mental gegen das Prinzip der Menschenwürde, sie hemmt zudem den Integrationsprozess in die deutsche Gesellschaft. Dabei ist zu beachten, dass die unterschiedlichen Teile der Bewegung in einer Art Doppelstrategie vorgehen.

Der organisierte Teil der „Ülkücü"-Bewegung fordert seine Mitglieder ausdrücklich auf, ihre demokratischen Rechte in Deutschland wahrzunehmen und sich politisch und gesellschaftlich zu betätigen, um Einfluss auszuüben. Dass es der „Ülkücü"-Bewegung gelungen ist, auf kommunaler Ebene in politischen Gremien und Parteien Fuß zu fassen, darf insoweit nicht als Anerkennung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden werden, sondern als gezielte politische Einflussnahme im Sinne einer nationalistischen Ideologie.

Der unorganisierte, hauptsächlich über das Internet vernetzte Teil der „Ülkücü"-Bewegung – ihm sind 3.000 Personen zuzurechnen, zumeist Jugendliche – bekennt sich hingegen offen zum Rassismus. Im Fokus ihrer Agitation stehen vor allem Kurden, die pauschal als PKK-Anhänger bezeichnet und verbal attackiert und diffamiert werden bis hin zu Vernichtungsdrohungen. Ähnlich ist die Agitation gegen Juden von einem eliminatorischen Antisemitismus geprägt.

Letztlich fördert die „Ülkücü"-Ideologie das Entstehen einer nationalistischen und rassistischen Jugendbewegung. Konflikte in der Türkei, insbesondere im Zusammenhang mit der Kurdenpolitik, finden ihre Fortsetzung in Deutschland. Dementsprechend ist mit den jugendlichen Anhängern der „Ülkücü"-Bewegung das Potenzial für gewalttätige Auseinandersetzungen vorhanden.

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

Fremde Nachrichtendienste betreiben nach wie vor mit einem hohen organisatorischen und finanziellen Aufwand Spionage gegen Deutschland. Mit der Nutzung des Cyber-Raums für Spionage hat sich die Intensität der Spionage um ein Vielfaches gesteigert.

Das Interesse gilt Deutschland als weltpolitischem Akteur, als NATO- und EU-Mitglied, aber auch seiner Wirtschaftskraft und seinen innovativen Unternehmen. Ein weiteres Ausforschungsziel der Dienste sind systemoppositionelle Gruppen aus ihren jeweiligen Heimatländern.

Hauptträger der gegen Deutschland gerichteten Spionageaktivitäten sind nach wie vor die Russische Föderation, die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran. Die politische Agenda ihrer Regierungen bestimmt die Schwerpunkte der Aufklärungsaktivitäten der Dienste.

Die wichtige Rolle der Nachrichtendienste in der Sicherheitsarchitektur Russlands wurde im Jahr 2014 deutlicher denn je. Die **russische Spionage** ist aktuell wesentlich geprägt von dem Konflikt des Westens mit Russland in Bezug auf die Ukraine. Russland geht es in erster Linie darum, frühzeitig Informationen über die inhaltliche Positionierung von Bundesregierung sowie politischen Parteien und Institutionen für den Umgang mit der Krise und einer künftigen Russlandpolitik in Erfahrung zu bringen. Nicht zuletzt versuchen russische Dienste auch, über ihre Kontakte ihre Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit zu tragen und Einfluss auszuüben.

Die Versuche, politische Entscheidungen nicht nur zu antizipieren, sondern Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit zu nehmen, zeigen die anhaltend große Bedeutung, die russische Dienste der deutschen Politik zumessen. Auf absehbare Zeit ist mit einem Nachlassen der Spionageaktivitäten Russlands nicht zu rechnen. Vielmehr muss im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise eine Intensivierung in Betracht gezogen werden, zumindest aber eine weiterhin variabel und flexibel auf aktuelle Tagesgeschehnisse reagierende russische Vorgehensweise.
Dies darf indes nicht den Blick darauf verstellen, dass das Erkenntnisin-

teresse der russischen Nachrichtendienste über die gegenwärtige Krise hinaus wesentlich breiter ist: politisch und militärisch ebenso wie wirtschaftlich und technologisch.

Russische Spionageaktivitäten gehen in erster Linie von Mitarbeitern an den Legalresidenturen aus. Verglichen mit anderen Ländern in Europa verfügen diese Stützpunkte in Deutschland über einen besonders hohen Personalbestand.

Im autoritären und repressiven politischen System **Chinas** spielen die Nachrichtendienste eine bedeutende Rolle. Mit ihren umfangreichen Befugnissen dienen sie dem Machterhalt der Kommunistischen Partei und unterstützen umfassend den von der chinesischen Führung vorgegebenen Kurs territorialer Integrität. Gleiches gilt für den Aufbau weltpolitischer und militärischer Machtpositionen sowie die volkswirtschaftliche Modernisierung. Entsprechend gelten die Aufklärungsbemühungen im Ausland der separatistischen/demokratischen Systemopposition, den politischen Entscheidungsprozessen und dem technologischen Wissen, unter anderem aus den Bereichen Rüstung, Luft- und Raumfahrt sowie Maschinen- und Anlagenbau.

Die weltpolitische Situation und die politischen wie wirtschaftlichen Ambitionen Chinas lassen einen Rückgang der Spionageaktivitäten als nahezu ausgeschlossen erscheinen. Nach wie vor setzt das Regime auf eine umfassende Kontrolle der eigenen Bevölkerung: Wirtschaftliche Liberalisierung geht nicht mit einer demokratischen Öffnung einher. Ebenso wenig lässt die strategische Konkurrenz mit den USA und Japan Hoffnungen auf eine nachhaltige Entspannung zu. Ökonomisch ist China im Begriff, sich von der „verlängerten Werkbank“ der Welt zu einem Land mit technologisch hochwertigen Produktionstechniken fortzuentwickeln – ein Ziel, das mithilfe illegaler Wissens- und Technologietransfers durchaus schneller und kostengünstiger verfolgt werden kann.

Wenngleich die chinesischen Nachrichtendienste sich in Deutschland auf die Bekämpfung der Exilopposition konzentrieren, sind in den letzten Jahren wesentliche Akzentverschiebungen deutlich geworden: Nachdem die Dienste im Zielspektrum der klassischen Spionage (Politik und Militär, Wirtschaft und Technologie) in der Vergangenheit fast aus-

schließlich chinesischstämmige Personen als Agenten rekrutiert haben, versuchen sie mittlerweile auch, Personen aus westlichen Ländern als Informanten oder Agenten zu werben. Hinzu kommen die Reiseaktivitäten von Nachrichtendienstoffizieren aus China, die in Deutschland und den angrenzenden Ländern agieren. Im Bereich der Wirtschaftsspionage gibt es Hinweise auf kombinierte Strategien, bei denen sowohl menschliche Quellen als auch „Elektronische Angriffe“ gezielt zum Einsatz kommen.

Die **iranischen Nachrichtendienste** sind ein zentrales Instrument der politischen Führung zur Sicherung ihres Herrschaftsanspruches. Demzufolge wird die iranische Opposition weiter im Blickpunkt der Nachrichtendienste stehen.

Es ist dem Regime bislang nicht gelungen, den Vorwurf zu entkräften, eine atomare Bewaffnung anzustreben. Ungeachtet offizieller Beteuerungen setzen iranische Stellen ihre illegalen proliferationsrelevanten Beschaffungsversuche in Deutschland auf hohem Niveau fort. Dies gilt vor allem für Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können. Der Iran versteht sich als Regionalmacht mit einem Gestaltungswillen über die eigenen Grenzen hinaus, einschließlich einer ausgeprägt antiwestlichen und antizionistischen Stoßrichtung. Gleichzeitig gibt es deutliche Hinweise auf einen teils dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung aufgrund der Sanktionen wegen des Atomprogramms. In dieser Situation wächst das Interesse des Regimes sowohl an (Insider-) Informationen über die künftige Politik des Westens – beispielsweise der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – als auch an illegalen Transferwegen, um Sanktionen möglicherweise umgehen zu können.

Die vom BfV festgestellten illegalen iranischen Beschaffungsversuche in Deutschland in den letzten Jahren sind beständig angestiegen und befinden sich aktuell auf einem auch im internationalen Vergleich quantitativ hohen Niveau. Dies gilt vor allem für Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können.

Im Jahr 2014 stellte das BfV eine steigende Zahl iranischer Beschaffungsversuche im Bereich des von dem Staat betriebenen ambitionierten Trägertechnologieprogramms fest, das auch dem Einsatz von Kernwaffen dienen könnte. Die Verhinderung einer atomaren Bewaffnung des Iran

ist ein gemeinsames Anliegen der internationalen Staatengemeinschaft. Neben den in diesem Zusammenhang geführten Verhandlungen ist es unabdingbar, illegale proliferationsrelevante Beschaffungsaktivitäten zu verhindern – eine Aufgabe, die eine internationale und nationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden erfordert. Vor dem Hintergrund der weiterhin ungeklärten Gesamtsituation sind auch in Zukunft intensive Beschaffungsbemühungen (insbesondere über verdeckte Strukturen) des Iran in Deutschland zu erwarten.

Mit den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien hat sich auch der **Modus Operandi fremder Nachrichtendienste** verändert.

Informationen, die früher nur durch Agenten auf konventionelle Weise zu erlangen waren, können heute auf digitalem Wege in deutlich größerem Umfang und mit einem erheblich geringeren Entdeckungsrisiko beschafft werden. Mit der Nutzung des Cyber-Raums für Spionage hat sich die Intensität der Spionage um ein Vielfaches gesteigert.

„Elektronische Angriffe“ können aber nicht nur für Spionagezwecke genutzt werden. Sie können auch die Manipulation von Daten und die (Zer-)Störung der Funktionalität, ggf. verbunden mit der gezielten Herbeiführung eines größeren Schadensfalles, also Sabotage, zum Ziel haben – eine Gefahr, die insbesondere für Kritische Infrastrukturen gilt.

Die zunehmende Wirkungskraft digitaler Spionage geht indes nicht mit einem Bedeutungsverlust menschlicher Quellen einher. Die potenziellen Opfer von Spionageaktivitäten müssen ihre Schutzgüter daher weiterhin nicht nur vor Ausspähungsversuchen von außen, sondern auch gegenüber eigenen Mitarbeitern schützen („Innentäter“), die für diese Zwecke angeworben oder erpresst werden.

Die deutsche Wirtschaft ist eine der wissensintensivsten weltweit; ihre Erfolgsfaktoren sind Ideenreichtum, technische Innovation sowie zukunftsweisende Forschung und Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ist **Wirtschaftsspionage** gegen deutsche Unternehmen ein seit Jahren bekanntes Phänomen. Nach den Veröffentlichungen zu mutmaßlichen Spionageaktivitäten durch westliche Dienste ist in Medien und Industrie der Eindruck entstanden, das Ausmaß der Wirtschaftsspionage in Deutschland sei erheblich gestiegen.

Dies deckt sich indes nicht mit der Erkenntnislage des BfV – auch das Meldeaufkommen aus der Wirtschaft liefert hierfür bislang keinerlei Belege. Die Sachverhalte, in die das BfV einbezogen wurde, standen weiterhin nahezu ausschließlich in Bezug zur Volksrepublik China oder zur Russischen Föderation.

Die Bundesregierung misst dem Wirtschaftsschutz und seinem Ziel, deutsches Know-how als Wettbewerbsvorteil zu sichern, hohe Bedeutung bei. Wirtschaftsschutz braucht das gemeinsame Handeln von Staat, Verbänden und Unternehmen. Ein Meilenstein dieser Kooperation ist die vom Bundesminister des Innern und den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) im August 2013 unterzeichnete Erklärung „Wirtschaftsschutz in Deutschland 2015 – Vertrauen, Information, Prävention“ zur „Nationalen Strategie für den Wirtschaftsschutz“. Ihre Umsetzung wird mit Nachdruck vorangetrieben: Inzwischen sind verschiedene Expertengruppen mit der Ausarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen zur Stärkung des nationalen Wirtschaftsschutzes befasst.

Mit dem seit Jahren laufenden Sensibilisierungsprogramm „Prävention durch Information“ strebt das BfV eine zielgenaue Aufklärung der Unternehmen zur Sicherung ihres Know-hows an.

Im Zeitalter der Globalisierung erfordert ein effektiver Wirtschaftsschutz auf nationaler Ebene eine stärkere Sensibilisierung der Unternehmen für die Bedrohungslage. Ebenso unerlässlich ist eine intensive Kooperation von Staat und Wirtschaft sowie auf internationaler Ebene ein enger und vertrauensvoller Informationsaustausch der westlichen Dienste über Konzepte zum Schutz der Wirtschaft.

„Scientology-Organisation“ (SO)

Aktivitäten und Anziehungskraft der „Scientology-Organisation“ (SO) sind weiter rückläufig. Die seit 2004 anhaltenden Versuche, ihre deutschen Dependancen zu vergrößern und verstärkt politisch zu wirken, blieben auch 2014 erfolglos: Weiterhin haben lediglich die beiden Niederlassungen in Berlin und Hamburg den Status einer „Idealen Org“.

Die SO hält an ihrer ideologischen Grundorientierung und Strategie sowie den bekannten Agitationsschwerpunkten fest. Nach wie vor sind die Schriften des Organisationsgründers L. Ron Hubbard richtungweisend. In ihnen wird deutlich, dass in einer Gesellschaft nach scientologischen Vorstellungen wesentliche Grund- und Menschenrechte nicht gewährleistet sind.

Einen Schwerpunkt bildete auch im Jahr 2014 die aggressive Agitation gegen wissenschaftliche Psychiatrie und Psychotherapie, deren Behandlungsmethoden von der SO als schädlich für den Patienten sowie als Mittel zur Unterdrückung gewertet werden. In diesem Zusammenhang zeigte die der SO zuzurechnende „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V.“ (KVPM) im Frühjahr 2014 in München (Bayern) die Ausstellung „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“, begleitet von einer „Demonstration gegen Zwangspsychiatrie“ am 1. März 2014.

Notizen

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Redaktion
Bundesamt für Verfassungsschutz
Stabsstelle: Zentrales Berichtswesen

Gestaltung und Druck
Bundesamt für Verfassungsschutz
Print- und MedienCenter

Die Kurzzusammenfassung „Verfassungsschutzbericht 2014: Fakten und Tendenzen“ ist auch über das Internet abrufbar, unter:
www.verfassungsschutz.de

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.